

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

II. Quartal 2017

Wirtschaftschronik. II. Quartal 2017

Der Europäische Rat legt die Leitlinien für die "Brexit"-Verhandlungen fest. Nach Unstimmigkeiten zwischen den Institutionen über Schuldenerleichterungen für Griechenland wird eine Kredittranche von 8,5 Mrd. € aus dem dritten Hilfspaket freigegeben. Die USA treten von den Vereinbarungen des Pariser Klimaabkommens zurück. Präsident Trump beschließt, das Freihandelsabkommen mit Kanada und Mexiko (NAFTA) neu zu verhandeln. Mit dem Projekt "Neue Seidenstraße" will China neue Infrastruktur für den Handel zwischen Asien, Afrika und Europa schaffen. – Knapp vor dem vorzeitigen Ablauf der Legislaturperiode beschließt der Nationalrat Gesetze zur Förderung von Forschungseinrichtungen sowie betrieblicher Forschung und Innovation mit zusätzlichen direkten Mitteln und Steuererleichterungen, den Beschäftigungsbonus zur Förderung des Arbeitsmarktes, eine Lockerung der Gewerbeordnung sowie die Abschaffung des "Pflegeresses" (Rückerstattung von Mitteln der Sozialhilfe aus dem eigenen Vermögen). Der Mindestlohn von monatlich brutto 1.500 € wird in den Kollektivverträgen bis 2020 umgesetzt. Als Termin für die vorzeitigen Parlamentsneuwahlen wird der 15. Oktober 2017 festgelegt.

Calendar of Economic Events. Second Quarter 2017

The European Council defined the guidelines for the "Brexit" negotiations. Following some disagreement between bodies in charge of debt relief for Greece, a loan tranche of 8.5 billion € was released from the third aid package. The USA withdrew from the agreements of the Paris climate accord. President Trump decided to renegotiate the North American Free Trade Agreement (NAFTA) with Canada and Mexico. With its "New Silk Road" project China intends to develop a new infrastructure for trading between Asia, Africa and Europe. – Shortly before the early termination of its legislative period, the Austrian National Council adopted laws to promote research facilities and in-house research and innovation by way of further direct funding and tax incentive, an employment bonus to give a boost to the labour market, easing off some restrictions in the Industrial Code and the abolition of the "long-term care recourse" (paying back social assistance benefits from own assets). The minimum wage of 1,500 € a month before tax will be implemented in the collective bargaining agreements by 2020. Elections for the next parliament will be advanced to take place on 15 October 2017.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, angelina.keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 30. Juni 2017.

Begutachtung: Serguei Kaniovski, Margit Schratzenstaller

1. Ausland

21.-23. April: Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank bestätigen die gute Entwicklung der Weltwirtschaft und den Fortschritt der Konsolidierungsbemühungen der Banken, verweisen jedoch auf die wachsenden politischen Risiken. Die Direktorin des Währungsfonds Lagarde plädiert für die Globalisierung, da diese den ärmsten Entwicklungsländern eine Chance zum wirtschaftlichen Aufholen gebe. Vor dem Hintergrund angekündigter protektionistischer Maßnahmen der USA äußert sich der deutsche Finanzminister Schäuble gegen Protektionismus und für den freien Welthandel als wichtigste Voraussetzung, damit alle Länder vom Wirtschaftswachstum profitieren können. Der IWF prognostiziert für die USA unter der – bisher nicht üblichen – Berücksichtigung einer bisher nur beabsichtigten Steuerreform ein höheres Wachstum des BIP. Die USA beabsichtigen ab 2018 die Ausgaben für internationale Zusammenarbeit zu kürzen. Die Zahlungen an die Weltbank würden damit in den Jahren 2017 bis 2019 insgesamt um 650 Mio. \$ geringer ausfallen.

IWF, Weltbank:
Frühjahrstagung

26. April: Der Präsident der USA Trump beschließt, das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA (North American Free Trade Agreement) mit Kanada und

USA: NAFTA

Mexiko neu zu verhandeln, nachdem er zunächst einen Ausstieg der USA aus dem Vertrag mittels Dekret angekündigt hat.

Europäischer Rat: "Brexit"

29. April: Anlässlich der Sondertagung des Europäischen Rates zu Art. 50 EU-Vertrag werden die Leitlinien für die "Brexit"-Verhandlungen festgelegt. Die 27 Mitgliedsländer werden während der Verhandlungen ihre Einheit wahren. Sie bekräftigen den Wunsch, Großbritannien möge ein enger Partner bleiben; für die künftige Einigung müsse ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Rechten und Pflichten bestehen, und faire Wettbewerbsbedingungen seien sicherzustellen. Die vier Freiheiten des Binnenmarktes müssten gewahrt bleiben und seien unteilbar. Ein Nicht-Mitgliedsland könne nicht dieselben Rechte haben und dieselben Vorteile genießen wie ein Mitgliedsland. In der ersten Verhandlungsphase sollen Klarheit und Rechtssicherheit geschaffen werden, um Großbritannien aus der EU herauszulösen. Der Europäische Rat wird entscheiden, wann zur nächsten Verhandlungsphase übergegangen werden kann. Eine Übereinkunft über die künftigen Beziehungen kann erst geschlossen werden, sobald Großbritannien ein Drittland ist, d. h. nach der Verhandlungsfrist, die mit 29. März 2019 endet. Der Rat betont die Wichtigkeit eines geordneten Austrittes vor allem unter Wahrung der Rechte der Bürger und Bürgerinnen, die vom Brexit betroffen sind. Die Entstehung eines Rechtsvakuums für die Wirtschaft müsse vermieden werden. Eine einheitliche Finanzregelung solle sicherstellen, dass die EU und Großbritannien ihren Verpflichtungen nachkommen.

Bis zum Verlassen der Union bleibt Großbritannien ein volles Mitglied der Europäischen Union mit allen Rechten und Pflichten. Die Austrittsverhandlungen werden getrennt von den laufenden Unionsgeschäften geführt.

China: "Neue Seidenstraße"

14. Mai: In Peking findet ein Gipfeltreffen zur Initiative "Neue Seidenstraße" statt. Das Projekt soll 65 Länder aus Asien, Afrika und Europa – 70% der Weltbevölkerung – durch den Bau moderner Verkehrswege und Infrastruktur für den Warenaustausch verbinden. Investitionen im Umfang von 900 Mrd. \$ sind geplant.

Europäischer Gerichtshof: EU und Singapur

16. Mai: Laut einem Gutachten des Europäischen Gerichtshofes ist der Handelsvertrag zwischen der EU und Singapur ein "gemischtes Abkommen" und muss daher von allen EU-Mitgliedsländern ratifiziert werden. An sich liegt die Zuständigkeit für Außenhandelspolitik bei der Europäischen Union.

Schweiz: Atomkraftwerke

29. Mai: In der Schweiz wird in einer Volksabstimmung ein Energiegesetz mit 58% angenommen, das den Bau weiterer Atomkraftwerke verbietet.

EU: Reflexionspapier

31. Mai: Die Europäische Kommission stellt ein Reflexionspapier zur Wirtschafts- und Währungsunion vor¹⁾, wonach drei zentrale Maßnahmen anzustreben sind: die Vollendung einer echten Finanzunion, eine stärkere Integration der Wirtschafts- und Fiskalunion und die Verankerung demokratischer Rechenschaftspflicht und die Stärkung der Institutionen des Euro-Raumes.

USA: Pariser Klimaabkommen

1. Juni: Der Präsident der USA Trump verkündet, dass sich die USA mit sofortiger Wirkung nicht mehr an die Zusagen zum Pariser Klimaabkommen gebunden fühlen; die USA würden weder die Vereinbarung zur Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2025 noch die finanzielle Verpflichtung gegenüber Entwicklungsländern einhalten. Neuverhandlungen über Nachbesserungen werden angestrebt. Das Abkommen schade den USA, während China und Indien ihren Kohlesektor ausbauen dürften. 25 bedeutende Unternehmen aus den USA sowie einige Städte kündigen an, die Klimaziele weiterhin anzustreben. Der Prozess der Kündigung des Pariser Abkommens wird bis zu vier Jahre dauern.

EU-China: Gipfeltreffen

1.-2. Juni: Das Gipfeltreffen zwischen der EU und China endet in Brüssel ohne gemeinsame Schlusserklärung. Aus Sicht der EU herrscht vor allem im Bereich der Direktinvestitionen keine Reziprozität: 2016 stiegen die Direktinvestitionen Chinas in der EU um 77% auf 40 Mrd. €, während umgekehrt die Direktinvestitionen aus der EU in Chi-

¹⁾ Europäische Kommission, Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, COM(2017) 291, Brüssel, 2017, https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-emu_de.pdf.

na um 23% auf 8 Mrd. sanken, da China ausländischen Investoren Hürden in den Weg lege.

6. Juni: Die neue französische Regierung unter Präsident Macron will in den nächsten 18 Monaten eine "Renovierung des Sozialmodells" durchführen. Eine Arbeitsrechtsreform soll durch Verordnung umgesetzt werden. Eine Obergrenze für die Abfindung bei missbräuchlicher Entlassung, die bisher von Schiedsgerichten individuell festgelegt wurde, wird eingeführt. Zusätzliche Regelungen zur Problemlösung auf Betriebsebene sowie Reformen der Arbeitslosenversicherung und bei der Berufsausbildung, insbesondere im Lehrlingswesen sind vorgesehen. Eine Ausweitung der Arbeitslosenversicherung auf Selbständige, eine Reform des Pensionssystems und des Schulsystems werden über den Sommer erarbeitet.

Frankreich: Arbeitsrechtsreform

7. Juni: Das von der OECD initiierte BEPS-Abkommen (Base Erosion and Profit Shifting) wird von 67 Staaten unterzeichnet und soll die aggressive Steuergestaltung von Konzernen begrenzen, indem es international die Möglichkeiten zur Steueroptimierung verringert.

OECD: BEPS-Abkommen

Die spanische Bank Santander übernimmt die spanische Banco Popular um einen symbolischen Kaufpreis von 1 €, nachdem die Europäische Zentralbank diese als nicht überlebensfähig eingestuft hat. Als führender Kreditgeber für Klein- und Mittelbetriebe verwaltet die Bank mit Ende 2016 mit 1.800 Filialen und 12.000 Beschäftigten Einlagen von 96,6 Mrd. €. Aufgrund der neuen EU-Abwicklungsrichtlinie (Bank Recovery and Resolution Directive, BRRD), die seit Anfang 2016 in Kraft ist, werden keine Steuergelder für die Abwicklung der Krisenbank aufgebracht. Für die Übernahme der Krisenbank musste Santander ihr Kapital um 7 Mrd. € erhöhen.

Spanien: Bankenübernahme

15. Juni: Nach monatelangen Verhandlungen zwischen den Geber-Institutionen und Griechenland über weitere Hilfszahlungen und Unstimmigkeiten zwischen dem Internationalen Währungsfonds und einigen Euro-Ländern über spürbare Schuldenerleichterungen genehmigen die Euro-Länder eine weitere Tranche von 8,5 Mrd. € aus dem dritten Hilfspaket. Der IWF beteiligt sich an diesem Hilfspaket, jedoch sind nach Ansicht des Währungsfonds Schuldenerleichterungen der EU notwendig. Die Auszahlung erfolgt, nachdem die Euro-Länder ihre nationalen Verfahren zur Genehmigung der Auszahlung abgeschlossen haben.

Griechenland: Hilfspaket

In der Europäischen Union entfallen die Roaming-Gebühren zwischen Mobilfunkunternehmen. Eine Missbrauchsklausel verhindert, dass Konsumenten und Konsumentinnen in einem Land, in dem sie nicht ansässig sind, einen Vertrag mit niedrigerer Gebühr abschließen.

EU: Roaming-Gebühren

16. Juni: Der Europäische Rat stellt auf Empfehlung der Europäischen Kommission das Defizitverfahren gegen Portugal und Kroatien ein, da der Finanzierungssaldo des Staates in beiden Ländern laut Prognose der Kommission die Grenze von 3% des BIP unterschreitet.

EU: Defizitverfahren Portugal, Kroatien

Die Notenbank der USA erhöht den Leitzinssatz um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate liegt damit in einer Bandbreite zwischen 1% und 1,25%.

USA: Leitzinssatz

Präsident Trump beschließt neue Einschränkungen für den Handel und Tourismus mit Kuba. Finanztransaktionen mit dem kubanischen Tourismuskonzern werden verboten, Reisen für Staatsangehörige der USA nach Kuba erschwert. Er setzt damit Vereinbarungen, die Präsident Obama mit Kuba getroffen hat außer Kraft.

USA: Kuba

19. Juni: Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien über den EU-Austritt Großbritanniens beginnen. Festgelegt werden die Organisation, der Zeitplan sowie die Schwerpunkte der Verhandlungen. In der ersten Phase werden die Bedingungen des Austrittes erörtert, erst danach werden Gespräche über die künftigen Beziehungen zwischen den Verhandlungspartnern aufgenommen. In drei Verhandlungsgruppen werden die gegenseitigen Niederlassungsrechte der 3,2 Mio. Staatsangehörigen von EU-Ländern in Großbritannien und der 1,5 Mio. britischen Staatsangehörigen in der EU, die finanziellen Aspekte und andere Trennungsfragen erörtert. Ein vierwöchiger Verhandlungszyklus wird vereinbart. Ein Dialog zu Irland und Nordirland wird eigens geführt. Großbritannien wird sowohl aus dem Binnenmarkt als auch aus der Zollunion austreten. Beide Seiten streben ein faires Verhandlungsergebnis an. Der Austritt muss bis 31. März 2019 vollzogen werden. Die

EU: "Brexit"

Verhandlungen sollen im Herbst 2018 abgeschlossen sein, da die Ergebnisse im Anschluss vom Europäischen Parlament und vom Europäischen Rat ratifiziert werden müssen.

EU: Russland-Sanktionen

Die Sanktionen gegen Russland wegen der Annexion der Krim werden um ein Jahr bis 23. Juni 2018 verlängert.

EU: Haushaltsrahmen

20. Juni: Der Allgemeine Rat der EU setzt neue Prioritäten bei der Halbzeitüberprüfung des EU-Haushaltsrahmens 2014/2020: Die Bereiche Wachstum und Beschäftigung werden mit zusätzlich 2,08 Mrd. €, Migrationsproblematik und Sicherheit sowie Verstärkung der Kontrolle mit zusätzlich 2,55 Mrd. € und die Bekämpfung von Migrationsursachen mit zusätzlich 1,39 Mrd. € ausgestattet.

EU: Ratstagung

22.-23. Juni: Im Mittelpunkt der Tagung des Europäischen Rates stehen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus sowie die gemeinsame Sicherheit und Verteidigung. Der Rat erwartet bei der Terrorbekämpfung Unterstützung der Industrie, die ein Industrieforum zur Entwicklung von Technologien und Instrumenten für die Erkennung terroristischer Kommunikation errichten soll. Der Rat strebt eine rasche Einigung über den Vorschlag für ein europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich an. Ein europäischer Fonds für die gemeinsame Forschung und Beschaffungsprogramme im Ausmaß bis zu 5,5 Mrd. € soll in den nächsten Jahren eingerichtet werden. Der Rat lehnt eine Neuverhandlung des Pariser Klimaschutzabkommens ab, da der Vertrag ein Eckpfeiler zur Eindämmung des Klimawandels, Grundlage für die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie ein wesentliches Element zur Modernisierung von Industrie und Wirtschaft sei. Die Belebung des Wirtschaftswachstums in allen Mitgliedsländern wird begrüßt, die Wichtigkeit der vier Freiheiten des Binnenmarktes für Wachstum, Beschäftigung, Investitionen und Innovation bekräftigt. Weitere Punkte sind die Verlängerung der Laufzeit und die Stärkung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (European Fund for Strategic Investments, EFSI). Ein Bekenntnis zum freien, fairen und gegenseitig vorteilhaften Handel folgt mit dem Aufruf, sich auf WTO-konforme handelspolitische Schutzinstrumente zu einigen. Das Auswahlverfahren zur Verlegung der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) und der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) nach dem EU-Austritt Großbritanniens in ein anderes EU-Land wird festgelegt.

BIS: Jahresbericht

25. Juni: Im Jahresbericht²⁾ der Bank for International Settlements (BIS) wird auf die erheblichen Risiken der seit 30 Jahren steigenden weltweiten Verschuldung aller Sektoren bei sinkenden Zinssätzen hingewiesen. Der Anstieg der Zinssätze durch eine notwendige Normalisierung der Geldpolitik könnte besonders für hochverschuldete Länder prekär werden.

Italien: Bankenübernahme

26. Juni: Nachdem die italienischen Banken Banca Popolare di Vicenza und Veneto Banca von der Europäischen Zentralbank als "wahrscheinlich nicht mehr überlebensfähig" eingestuft wurden, übernimmt die in Mailand ansässige Banca Intesa Sanpaolo die beiden Kreditinstitute. Intesa Sanpaolo wird einen Großteil der 960 Filialen schließen und 3.900 der 10.800 Beschäftigten entlassen. Für die Sanierung werden über 5 Mrd. € an staatlichen Finanzmitteln zur Abfindung der Beschäftigten und 12 Mrd. € zur Absicherung der in eine Bad Bank übernommenen riskanten Kredite bereitgestellt. Ein Krisenplan, mit dem die Banca Monte dei Paschi di Siena zur Sanierung 6,6 Mrd. € an staatlicher Unterstützung erhält, wird von der EU gebilligt.

EU: Google

27. Juni: Die Europäische Wettbewerbskommission verhängt über den Internetkonzern Google (USA) eine Geldstrafe von 2,42 Mrd. € wegen Missbrauches der Marktmacht: Google habe Ergebnisse des eigenen Preisvergleichsdienstes Google Shopping höher gereiht dargestellt als Konkurrenzdienste. Google prüft eine Anfechtung der Entscheidung.

USA: Banken-Stresstest

28. Juni: Die Notenbank der USA ist mit der Kapitalplanung von 33 der 34 in einem Stresstest geprüften Banken zufrieden. Seit dem I. Quartal 2009 hat sich das harte risikogewichtete Eigenkapital von 5,5% auf 12,5% erhöht (von 750 Mrd. \$ auf 1,2 Bio. \$).

²⁾ BIS, 87th Annual Report 2016/17, Basel, 2017, http://www.bis.org/publ/arpdf/ar2017e_ec.pdf.

Capital One Financial Corporation muss im nächsten Halbjahr einen überarbeiteten Kapitalplan vorlegen.

29. Juni: Der französische Rechnungshof kritisiert in einem Bericht die Budgetschätzungen des Stabilitätsprogrammes. Die Staatseinnahmen würden um rund 8 Mrd. € überschätzt, die Ausgaben um 5,9 Mrd. € unterschätzt. Ohne Korrekturmaßnahmen werde die Maastricht-relevante Neuverschuldung 3,2% des BIP erreichen. Die Europäische Kommission erklärte mehrfach, dass eine neuerliche Überschreitung des 3%-Zieles nicht mehr toleriert werde. 2016 betrug Frankreichs Staatsschulden 96% des BIP.

Frankreich: Stabilitätsprogramm

2. Österreich

19. April: Der Ministerrat beschließt das Stabilitätsprogramm für die Jahre 2016 bis 2021. Das Maastricht-Defizit soll von 2016 bis 2021 von $-1,6\%$ auf $-0,3\%$ des BIP zurückgehen, das strukturelle Defizit von -1% auf $-0,3\%$. Die Schuldenquote soll von $84,6\%$ auf 71% des BIP sinken. Das Stabilitätsprogramm ist zugleich der nationale mittelfristige Haushaltsplan, der laut Art. 4 der "Twopack"-Verordnung 473/2013 an die Europäische Kommission zu übermitteln ist. Der mittelfristige Finanzrahmen des Bundes, der ebenfalls im April zu beschließen wäre, soll in den Jahren 2017 und 2018 ausnahmsweise erst im Herbst zusammen mit den Bundesvoranschlägen für das jeweils nächste Jahr vorgelegt werden.

Ministerrat: Stabilitätsprogramm

3. Mai: Der Finanzausschuss des Parlamentes beschließt, für die Gemeinden 2017 und 2018 zusätzlich 175 Mio. € zur Förderung von Bauprojekten in den Bereichen Kindergärten, Schulen, Seniorenbetreuung, Sportstätten, thermische Sanierung, öffentlicher Verkehr, Wohnraum, Abfallentsorgung, Kläranlagen oder Breitbandnetze bereitzustellen.

Parlament: Finanzausschuss

17. Mai: Die sechs Parlamentsfraktionen einigen sich vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode auf die vorzeitige Auflösung des Nationalrates.

Nationalrat: Auflösung

22. Mai: Gemäß den Länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission für Österreich müssen die haushaltspolitischen Ziele im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspaktes weiter verfolgt werden, um die mittelfristigen Ziele 2018 unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Gesundheits- und Pensionssystems zu erreichen. Die Rationalisierung und Neuausrichtung der staatlichen Verwaltung soll die Finanzierungs- und Ausgabenverantwortung bündeln. Eine Verbesserung für Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch Bereitstellung eines Vollzeitbetreuungsangebotes für Kinder und Ausbildungsmöglichkeiten für benachteiligte Jugendliche mit Migrationshintergrund werden empfohlen, ebenso die Stärkung von Investitionen im Dienstleistungssektor durch Abbau von administrativen Hürden und Erleichterung des Markteintrittes.

EU: Länderspezifische Empfehlungen

27. Juni: Der Rechnungshof legt dem Nationalrat den Bundesrechnungsabschluss 2016 vor. Das Nettovermögen des Bundes betrug demnach per Jahresende 2016 91,653 Mrd. €. Diesem standen Fremdmittel von 253,351 Mrd. € gegenüber. Damit ergab sich ein negatives Nettovermögen von 161,698 Mrd. €. Im Jahr 2016 verschlechterte sich das Nettoergebnis um 9,47 Mrd. €, vor allem durch die Verschlechterung des Nettovermögens um 8,342 Mrd. € ($-5,4\%$ gegenüber dem Vorjahr). Der Nettofinanzierungssaldo war mit 4,995 Mrd. € um 8% höher als im Voranschlag angenommen. Dabei lagen die Einzahlungen mit 71,314 Mrd. € um 0,7%, die Ausgaben mit 76,452 Mrd. € um 0,2% unter dem Voranschlag. Die bereinigten Finanzschulden des Bundes waren um 8,6 Mrd. € ($4,3\%$) höher als 2015 und erreichten 207,7 Mrd. € ($59,5\%$ des BIP).

Rechnungshof: Bundesrechnungsabschluss

Die Gesamthaftungsobergrenze von 197 Mrd. € wurde im Jahr 2016 zu 102,375 Mrd. € ausgenutzt. Der Bund würde bei Ausschöpfung der festgelegten Obergrenze Haftungen im Ausmaß von etwa zwei Dritteln des BIP eingehen. Dies hätte Auswirkungen auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

Der Rechnungshof weist auf den dringenden Handlungsbedarf zur Verbesserung der finanziellen Lage des Bundes hin und verweist nachdrücklich auf die erforderlichen

Strukturreformen sowie auf die Notwendigkeit einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik.

Universitäten: Budget

28. Juni: Der Nationalrat beschließt die Erhöhung des Budget der Universitäten für die Periode der Leistungsvereinbarung 2019/2021 um 1,35 Mrd. € auf 11,07 Mrd. € ohne Einführung einer Studienplatzfinanzierung, für die ein Gesetzesentwurf vorliegt. Bis Ende Jänner 2018 soll die Regierung Vorschläge für eine kapazitätsorientierte, studienbezogene Universitätsfinanzierung vorlegen.

"Pflegeregress": Abschaffung

29. Juni: Der Nationalrat stimmt für die Abschaffung des "Pflegeregresses": Den Ländern ist es damit ab 2018 untersagt, zum Ersatz der Kosten stationärer Pflege auf das Vermögen der Betroffenen oder ihrer Angehörigen bzw. Erbberechtigten zuzugreifen. Im Gegenzug erhalten die Länder zusätzlich zum Pflegefonds jährlich 100 Mio. €.

Gewerbeordnung: Novelle

Weiters stimmt der Nationalrat für eine Novelle der Gewerbeordnung, für die Mitte Mai keine Zweidrittelmehrheit gefunden wurde. Die Zahl der regulierten Gewerbe wird von 80 auf 75 gesenkt, die Teilgewerbe entfallen. Mit einer einheitlichen Gewerbeberechtigung ("Single License") kann in Zukunft jedes der 440 freien Gewerbe ausgeübt werden. Wird der Umsatz in einem anderen freien Gewerbe um 30% überschritten, so muss dies im Gewerbeinformationssystem GISA angezeigt werden, und es wird eine Grundumlage fällig. Ausübende eines reglementierten Gewerbes dürfen bis zu 15% der Auftragssumme in einem anderen reglementierten Gewerbe ohne zusätzliche Gewerbeberechtigung erwirtschaften. Die Anmeldung eines Gewerbes ist gebührenfrei. Eine Entbürokratisierung des Betriebsanlageverfahrens wird beschlossen.

"Kleine Ökostromnovelle"

Mit Zweidrittelmehrheit wird die "kleine Ökostromnovelle" beschlossen. Sie ermöglicht 2018 und 2019 zusätzliche Förderungen von 30 Mio. € für Anlagen und Speicher im Bereich Photovoltaik und eine Sonderförderung für Kleinwasserkraftwerke von insgesamt 3,5 Mio. €. Für effiziente Biogasanlagen der zweiten Generation werden fünf Jahre lang 11,7 Mio. € pro Jahr bereitgestellt. Der Förderung von Windkraftanlagen dient ein Sonderkontingent von 45 Mio. €.

Beschäftigungsbonus, Investitionszuwachsprämie

Im Rahmen der haushaltsrechtlichen Ermächtigung, mit der Vorbelastungen von 2,234 Mrd. € bis 2023 begründet werden können, werden der Beschäftigungsbonus und die Investitionszuwachsprämie umgesetzt. Für den für drei Jahre geplanten Beschäftigungsbonus werden 2 Mrd. € zur Verfügung stehen, der Staat trägt hier für neu eingestellte Arbeitskräfte drei Jahre lang die Hälfte der Lohnnebenkosten. Anträge können ab 1. Juli bei der Austria Wirtschaftsservice GesmbH (aws) eingebracht werden. Aus der Investitionszuwachsprämie sollen kleine und mittlere Unternehmen bis zu 142,5 Mio. € und große Unternehmen bis zu 90,7 Mio. € erhalten.

Forschungsprämie

Mit 1. Jänner 2018 wird die Forschungsprämie von 12% auf 14% der prämierten begünstigten Forschungsaufwendungen angehoben.

Nationalstiftung FTE

Der Nationalrat beschließt auch eine zusätzliche Dotierung der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung von 300 Mio. € im Zeitraum 2018/2020.

Mitarbeiterbeteiligungsstiftung

Aktien eines Unternehmens können künftig durch Gründung einer Mitarbeiterbeteiligungsstiftung bis zu einem Wert von 4.500 € steuer- und sozialversicherungsfrei an die Beschäftigten übertragen werden.

Mittelstandsfinanzierungsgesetz

Das Mittelstandsfinanzierungsgesetz ermöglicht die Gründung einer Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft, mit der Klein- und Mittelbetriebe einfacher Zugang zu Eigenkapital erhalten mit dem Ziel, auch einen Impuls für den heimischen Risikokapitalmarkt zu setzen.

HETA: Abwicklung

Der Bund verzichtet per Gesetzesbeschluss auf die voraussichtlich uneinbringliche Summe von 1,71 Mrd. € zur endgültigen Abwicklung der HETA Asset Resolution AG.

Börsengesetz: Änderung

Mit der Änderung des Börsengesetzes wird ein Rückzug von Emittenten aus der Börse ermöglicht. Die Finanzmarktaufsicht kann den Verkauf bedenklicher Produkte einschränken und durch Setzen eines Positionslimits die höchste Zahl der Wertpapiere, die eine Person oder Gruppe zu einem Zeitpunkt hält, bestimmen.

Flughafen Wien-Schwechat: dritte Piste

29. Juni: Der Verfassungsgerichtshof hebt das Erkenntnis des Bundesverwaltungsgerichtes gegen die vom Flughafen Wien-Schwechat geplante dritte Piste als verfassungswidrig auf, da das Bundesverwaltungsgericht vor allem den Klimaschutz und

den Bodenverbrauch in einer verfassungswidrigen Weise in seine Interessensabwägung einbezogen habe. Auch seien die CO₂-Emissionen fehlerhaft berechnet worden. Die Rechtssache wird an das Bundesverwaltungsgericht zurückverwiesen.

30. Juni: In einer Generalvereinbarung einigen sich die Sozialpartner auf die Umsetzung des Mindestlohnes von monatlich brutto 1.500 € bis zum Jahr 2020 in den Kollektivverträgen. Eine Einigung über die Flexibilisierung der Arbeitszeit kommt nicht zustande.

Mindestlohn